

Energiewende: Widerstand bröckelt

Auch Mitglieder von SVP und FDP schwenken auf Kompromiss zur Energiestrategie 2050 ein

Von Daniel Ballmer, Bern

Der Teufel steckt im Detail. Und hier sind noch viele Fragen offen. Das zeigte sich auch in der gestrigen Debatte des Ständerats zur Energiestrategie 2050, mit welcher der Atomausstieg beschlossen und die Förderung erneuerbarer Energien verstärkt werden soll. Gleichzeitig aber wurde offensichtlich: Die Phalanx des Widerstands bekommt immer mehr Risse. Während sich SVP und FDP im Nationalrat noch heftig gegen die Vorlage gewehrt hatten, ist nun das Gros ihrer Ständeratsvertreter bereit, auf die Vorlage einzutreten (siehe nebenstehenden Bericht zur Debatte).

Die Entwicklung überrascht nicht. Nachdem die vorberatende Energiekommission die ambitionierten Ziele der Vorlage zurückgeschraubt hat, kam es in der dortigen Schlussabstimmung gar zu keiner einzigen Gegenstimme. «Fundamentalopposition gibt es im Ständerat keine mehr», erklärte der Thurgauer SVP-Ständerat Roland Eberle. In der kleinen Kammer sei die Kompromissbereitschaft gross. «Und wenn wir weiter den Weg der Kommission beschreiben, wird wohl auch die SVP nicht auf Fundamentalopposition machen.»

Noch bleibt Skepsis

Auch Energiepolitiker Eric Nussbaumer spricht von einem guten Kompromiss, auf dem sich aufbauen lasse und der keinem allzu sehr weh mache. Tatsächlich profitieren viele von den breit gestreuten Subventionen. «Der Widerstand ist gebrochen», freut sich der Baselbieter SP-Nationalrat bereits. Ganz so weit ist es allerdings noch nicht. Nationalräte von SVP und FDP liessen auch gestern Skepsis erkennen. Sie sind mit ihren Kollegen aus dem Ständerat nicht in allen Punkten einig. Gleichzeitig aber liess der Berner Freisinnige Christian Wasserfallen durchblicken, dass die beiden Parteien kaum die Federführung bei einem allfälligen Referendum übernehmen würden.

Die Wahrscheinlichkeit eines Volksreferendums besteht dennoch nach wie vor. Das Netzwerk Energiesuisse.net mit 14 Organisationen hat bereits klar gemacht, dass es dem angestrebten Atomausstieg ablehnend gegenübersteht und die Vorlage dem Volk vorlegen lassen will. Doch um die nötigen 100 000 Unterschriften zu sammeln und den Abstimmungskampf zu finanzieren, wird wohl die Hilfe von Economiesuisse oder Gewerbeverband nötig sein. Und diese haben sich in den vergangenen Monaten auffallend zurückhaltend gezeigt.

Gemahnt wird von Schweizer Unternehmen vor allem, dass der starke Franken der hiesigen Wirtschaft bereits stark genug zusetze. Die Energiewende mit ihren zusätzlichen Abgaben sei eine zusätzliche Last. In ganzseitigen Inseraten hatten über 100 Unternehmen in den letzten Tagen auf ihre Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit aufmerksam gemacht. Von dieser Kampagne lassen



Die Opposition schwindet. Energieministerin Doris Leuthard kann sich über den Ausgang der Debatte freuen. Foto Keystone

sich die Parlamentarier jedoch nicht beeindruckt. Sie sei vor allem als Gegengewicht zu werten auf eine vorangegangene Kampagne der Allianz «Schweizer Wirtschaft für die Energiestrategie 2050». Nur: Die Mitglieder der Allianz sind vorab Firmen, die darauf hoffen, von der Energiewende zu profitieren.

Verbände ohne klare Haltung

«Auch in Wirtschaftskreisen verzettelt sich der Widerstand», kommentiert SVP-Ständerat Eberle. In diesem Clinch befinden sich auch Economiesuisse und Gewerbeverband. Während zahlreiche Verbandsmitglieder von einer Energiewende etwa im Gebäudebereich profitieren dürften, werden andere durch eine Erhöhung der KEV-Stromabgabe und der CO₂-Abgabe zusätzlich belastet. Eberle: «Für die Verbände ist es damit schwierig, eine klare Haltung einzunehmen.» Die Unterstützung eines Referendums werde sich deshalb vermutlich eher in Grenzen halten.

Tatsächlich hatte Economiesuisse im Frühling noch bereits konkrete Vorbereitungen für ein Referendum getroffen, wie die BaZ bekannt gemacht hatte. Von einem Tag auf den anderen trat der Wirtschaftsdachverband dann aber auf die Bremse. Mittlerweile hofft auch Economiesuisse auf den Ständerat und tiefere Mehrkosten für die Wirtschaft. Ein Referendum gilt dort wie beim Gewerbeverband nur noch als Ultima Ratio, schreibt die NZZ. Die Fundamentalopposition schwindet.

Details werden zu reden geben

Besonders umstritten: Die Laufzeit alter Atomkraftwerke und ob Wasserkraftwerke Subventionen erhalten sollen

Bern. Für fast alle im Ständerat steht fest, dass es keine Alternative zur Energiewende gibt. Neue Atomkraftwerke würden in den nächsten Jahrzehnten schon allein aus ökonomischen Gründen nicht gebaut, stellten viele fest. Der Atomstrom müsse also ersetzt oder eingespart werden. Bereits in der Eintretensdebatte zeichnete sich allerdings ab, dass die Details noch viel zu reden geben werden. Besonders umstritten ist, ob die Laufzeit alter Atomkraftwerke begrenzt werden soll und ob Wasserkraftwerke Subventionen erhalten.

Werner Hösli (SVP, GL) beantragte dem Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Energiestrategie sei eine «Überreaktion auf den AKW-Störfall in Japan», befand er. Dem Werkplatz sollten nicht noch mehr Regulierungen und Kosten aufgebürdet werden. Peter Föhn (SVP, SZ) pflichtete ihm bei. Die Energiestrategie sei «absolut wirtschaftsfeindlich». Bezüglich der Chancen des Antrags machten sie sich indes keine Illusionen. Er werde wohl so allein sein wie auf der Glarner Hochjagd, stellte Hösli fest. Damit sollte er recht behalten: Der Rat lehnte seinen Antrag mit 39 zu zwei Stimmen ab. Nur eine Stimme mehr erhielt Thomas Hefti (FDP, GL), der dem

Rat beantragte, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen. Er wollte die Kommission beauftragen, die Vorlage so zu überarbeiten, dass die Belastung der Wirtschaft nicht steigt. «Wir beklagen oft abstrakt die zunehmenden Regulierungen», stellte der FDP-Ständerat fest. Hier könne die Politik nun wirken statt reden.

Wasserkraft retten

Davon wollten aber auch viele SVP- und FDP-Vertreter nichts wissen. Offenbar sei die «Rückweisitis» ausgebrochen, kritisierte Georges Theiler (FDP, LU). Eine Rückweisung bringe nichts, die Kommission habe während vieler Stunden beraten. Roland Eberle (SVP, TG) und Martin Schmid (FDP, GR) sprachen sich ebenfalls dafür aus, die Vorlage zu beraten. Beide wiesen indes darauf hin, dass sich die Lage auf dem Energiemarkt stark verändert habe, seit der Bundesrat diese vorgelegt habe.

Schmid, der im Verwaltungsrat mehrerer Stromfirmen sitzt, möchte die Wasserkraft stärker fördern und bestehende Wasserkraftwerke subventionieren. Axpo-Verwaltungsrat Eberle dagegen hält es für falsch, auf marktverzerrende Subventionen im Ausland mit Subventionen für die Wasserkraft zu reagieren. SDA

Sozialhilfe gekürzt

Weniger Leistung für unter 25-Jährige und Grossfamilien

Bern. Grossfamilien und junge Erwachsene unter 25 Jahren, die Sozialhilfe beziehen, müssen künftig mit Leistungskürzungen rechnen. Zudem werden die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber unkooperativen Bezüglern verschärft. Diese Massnahmen sieht die erste Teilrevision der Skos-Richtlinien für die Sozialhilfe vor, welche die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) verabschiedet hat.

Sie beschloss diese Änderungen gemeinsam mit Vertretern der Gemeinde und Städte sowie der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Konkret soll der Grundbedarf bei Haushalten ab sechs Personen in Anlehnung an die Kinderzulage um 76 Franken pro Person und Monat reduziert werden.

Die Ansätze für Unter-25-Jährige mit eigenem Haushalt werden um 20 Prozent gekürzt, von heute 986 Franken auf 789 Franken. Zudem werden die Sanktionsmöglichkeiten bei unkooperativem Verhalten von Sozialhilfebezüglern verschärft. Hält sich eine Bezügerin oder ein Bezüger nicht an die administrativen Vorgaben, können ihm oder ihr bis zu 30 Prozent der Leistungen gekürzt werden. SDA

Nachrichten

SBB tragen Mehrkosten für Infrastruktur selbst

Bern. Die SBB müssen auch im nächsten Jahr ohne Zuschuss des Bundes auskommen, um die Mehrkosten bei der Bahninfrastruktur zu decken. Diese belaufen sich 2013–2016 auf rund 500 Millionen Franken. Für das Jahr 2016 wollte das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation eine Erhöhung um 130 Millionen Franken unterbreiten. Doch die Aufstockung kommt nicht zustande. Grund: weniger Einnahmen und Budgetkürzungen des Bundes bei der Schwerkraftabgabe. SDA

Bundesrat sieht keinen Grund für Grenzkontrollen

Bern. Der Bundesrat sieht weiterhin keinen Anlass, an der Grenze wieder systematische Kontrollen durchzuführen. Die Forderung war aus der SVP-Fraktion laut geworden. Es handle sich um temporäre Grenzkontrollen zur Abwehr einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit, sagte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga gestern. Die EU-Kommission habe inzwischen bestätigt, dass das Vorgehen Schengen-konform sei. SDA

E-Voting-Projekt abgebrochen

Bern. Die neun Kantone, die sich zur Entwicklung eines E-Voting-Systems zusammengenommen hatten, verzichten auf eine Weiterentwicklung des Projekts. Weil der Bundesrat das System an den eidgenössischen Wahlen nicht zulassen will, beenden sie ihre Zusammenarbeit. Die Absage des Bundesrats habe das Vertrauen in das System stark belastet, teilte der Kanton Graubünden mit. Ebenfalls mit dabei sind die Kantone Glarus, St. Gallen, Thurgau, Zürich, Schaffhausen, Aargau, Solothurn und Freiburg. SDA

Bundesrat: Entlastungen als Daueraufgabe

Bern. Der Nationalrat wird morgen eine Debatte zur Frankenstärke führen. Im Vorfeld anerkennt der Bundesrat die Herausforderungen für die Schweizer Wirtschaft. Skeptisch zeigt er sich aber über Vorschläge der Parteien, die Unternehmen zu entlasten. Der Bundesrat betrachtet die Entlastung von Unternehmen als Daueraufgabe. Keinen Grund sieht er aber, auf neue Regulierungsvorlagen zu verzichten oder diese vorläufig zu sistieren, wie er in der Antwort auf die Interpellation der Grünliberalen schreibt. SDA

Präventionsmittel des Bundes um die Hälfte kürzen

Der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner will «irrwitzigen» Kampagnen den Geldhahn zudrehen

Von Christian Keller, Bern

Die letztjährige HIV-Kampagne «Bereue nichts» des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) hatte für mancherlei Bürger und Politiker nichts mehr mit Prävention, sondern nur noch mit Pornografie zu tun. Auf Plakaten zeigten sich hetero- und homosexuelle Paare, ausgewählt durch ein Casting, in zweifelsfrei nicht ganz jugendfreien Posen. Ob damit der Zweck, also die Warnung vor gefährlichen Geschlechtskrankheiten und die Senkung der Ansteckungsquote, erfüllt wurde, bleibt bis heute umstritten.

Auch der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner hat sich über die BAG-Produktion geärgert. Nicht zum ersten Mal. Andere «irrwitzige» Kampagnen und Studien im Bereich Alkohol und Tabak lösen bei ihm regelmässig Kopfschütteln aus. Der Basler Bundespolitiker will dem «Präventionswahn» nicht mehr länger zusehen. Letzte Woche reichte er im Nationalrat eine

Motion ein, die verlangt, dass das Budget und der Personalbestand im Bereich Prävention um die Hälfte gekürzt wird. In Zahlen ausgedrückt würde dies eine Reduktion der Mittel von 17 Millionen Franken auf 8,5 Millionen Franken bedeuten.

Trotz mehrfach geäusselter Kritik habe es innerhalb des BAG kein Umdenken gegeben, moniert Frehner. In den letzten Jahren sei «zumindest eine Strategieänderung» nicht ersichtlich gewesen. Zudem sei das Präventionsgesetz 2012 vom Parlament abgelehnt worden, weshalb nicht klar werde, weshalb das BAG so viel Geld und Effort in der Prävention aufbringe.

Frehner schreibt in seiner Motion: «Der Verdacht kommt auf, dass das BAG sich bei der Prävention vom politischen System und auch vom Bürger komplett abgekapselt hat und bei jeder Kritik mit noch mehr Engagement und Leidenschaft einen nicht bestehenden Staatsauftrag ausführt.»

In der SVP erhält Frehner zwar Unterstützung, bei den anderen Parteien herrscht allerdings resolute Ablehnung. Die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker spricht von einem radikalen Wahlkampf-Vorstoss, der «null Chancen» habe. «Ich verstehe nicht, weshalb sich Frehner so auf dieses Thema einschiesst. Setzt man den Präventionsetat ins Verhältnis zu den Gesamtausgaben im Gesundheitswesen, ist der Anteil lächerlich klein. Und um die Gesundheitskosten zu senken, ist aufklärende Information sehr wichtig», so Schenker.

Fokussierung auf Kerntemen

In dieses Horn bläst auch BAG-Sprecherin Mona Neidhart. «Die Präventionsbemühungen des BAG lohnen sich nicht nur gesundheitlich, sondern auch volkswirtschaftlich, wie Studien gezeigt haben. Jede verhinderte HIV-Infektion spart rund eine Million Franken zulasten der Krankenversicherung.» Zudem sei der Präventionskredit des BAG in

den letzten 14 Jahren von 34 auf 17 Millionen Franken reduziert worden. Frehner zweifelt an dieser Aussage: «Es ist ein Fakt, dass viele Kampagnen separat finanziert werden, etwa die Impfwerbung. Die tatsächlichen Summen sind nicht bekannt.»

Ihm fehle es an der Koordination und an der Schwerpunktsetzung. Das BAG müsse aufzeigen, welche Ziele es erreichen wolle. In diesem Punkt erhält Frehner Zustimmung von bürgerlichen Kollegen – auch wenn diese die Motion zurückweisen. «Die Gelder sollen nicht gekürzt, aber effizienter eingesetzt werden. Die Zunahme von Wohlstandserkrankungen wie Übergewicht bei Kindern müsste intensiver angegangen werden», findet Ruth Humbel (CVP, AG). Daniel Stolz (FDP, BS) pflichtet bei: «Präventionskampagnen, die etwa dazu aufrufen, sich mehr zu bewegen, machen für mich wenig Sinn. Die Fokussierung auf Kerntemen wie Geschlechtskrankheiten ist zu begrüssen.»